

Berantwortliche Redakteure
Für den politischen Theil:
L. Fontane,
Für Familien und Vermischtes:
J. Rosauer,
Für den örtlichen redaktionellen Theil:
J. Schmiedehaus,
Sämtlich in Posen.
Berantwortlich für den
Inseratentheil:
C. Körte in Posen.

Abend-Ausgabe.

Posener Zeitung.

Siebzundneunzigster

Jahrgang.

Bl. 775.

Die "Posener Zeitung" erscheint täglich drei Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4,80 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung, sowie alle Postämter des Deutschen Reiches an.

Dienstag, 5. November.

Inserate, die sechseckig gezeichnete Petiteseile oder deren Raum in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite 30 Pf., in der Abendausgabe 30 Pf., an bevorzugter Stelle entsprechend höher, werden in der Exposition für die Abendausgabe bis 11 Uhr Vormittags, für die Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachtm. angenommen.

1889.

Amstliche S.

Berlin, 4. November. Der König hat dem bei dem Ministerium des Innern angestellten Geheimen Kanzlei-Direktor Herbart den Charakter als Kammerherr verliehen.

Der bisherige Privatdozent Dr. Georg von Below zu Königsberg ist zum außerordentlichen Professor in der philosophischen Fakultät der Universität daselbst ernannt worden.

Dem ordentlichen Lehrer am Progymnasium in Brünn, Friedrich Roderich, ist der Titel "Oberlehrer" verliehen worden. — Die Förderung des ordentlichen Lehrers an der Realschule in Krefeld, Anton Stoffels, zum etatsmöglichen Oberlehrer an derselben Anstalt ist genehmigt und dem Zeichenlehrer an der Realschule in Krefeld, Ferdinand Müller, der Titel "Oberlehrer" verliehen worden.

Deutscher Reichstag.

7. Sitzung vom 4. November, 1 Uhr.

Ersten Gegenstand der Tagesordnung bildet die Berathung der Denkschrift über die Verhängung des Belagerungszustandes in Gebietshälfte des Königreichs Preußen, des Königreichs Sachsen, des Großherzogthums Hessen, sowie der freien Stadt Hamburg.

Abg. Singer (Soz.): Wir sehen bei diesen Rechenschaftsberichten eigenhümliche innerliche Widersprüche. Auf einen Theil der neuerdings erst wieder auf ein Jahr hinaus beschlossenen Maßnahmen erläutert die Regierung selbst in dem vier Tage später datirten Entwurf des neuen Sozialistengesetzes verzichten zu können. Auch sonst haben wir schon öfter der Regierung den Nachweis bringen können, wie verfehlt die Begründung ihrer sogenannten Rechenschaftsberichte ist. Aber einen so widerspruchsvollen und von unwohlenen Behauptungen strotzenden Bericht haben wir noch niemals gesehen wie heute. Auf der einen Seite wird den sozialdemokratischen Agitatoren vorgeworfen, daß sie in radikaler Weise gewaltsam die Zwecke der Sozialdemokratie zum Durchbruch bringen wollen, und in denselben Motiven wird dann andererseits erklärt, daß die mahvolle Haltung der sozialdemokratischen Bewegung nur in wenigen Fällen gezwungen habe, die Genehmigung zu öffentlichen Versammlungen zu versagen, nämlich in Berlin in 104 Fällen. Auch diese 104 Fälle sind ziemlich sonderbarer Art und lassen sich schwerlich mit den Bestimmungen des § 9 des Sozialistengesetzes in Einklang bringen, das auch unter den Voraussetzungen des § 28 des Belagerungszustandes maßgebend bleibt. Sind doch Versammlungen verboten worden, in denen die Gesundheitsschädlichkeit des denaturierten Spiritus besprochen werden sollte, ebenso eine Versammlung, wo ich in meiner Eigenschaft als Stadtverordneter über Berliner Kommunalangelegenheiten referieren wollte. Das ist die nackte, brutale Willkür, nach welcher das Gesetz gehandhabt worden ist. Ein Interesse der öffentlichen Sicherheit, wovon die Begründung spricht, war wirklich in keinem der 104 Fälle geboten.

Seit elf Jahren raubt das Sozialistengesetz zahllosen Familien den Vater, den Gatten, den Ernährer, und dafür führt man lediglich Scheingründe an. Was soll es denn heißen, wenn uns immer der Vorwurf gemacht wird, die Sozialdemokratie treibe auf eine Revolution zu? Vor wenigen Monaten erst, als im Reichstage die sogenannte Krönung der sozialen Reform erfolgte, da trat der Abgeordnete Bebel der Faktion revolutionärer Bestrebungen von unserer Seite entgegen und sagte: eine Resolution wäre die größte Thorheit, die wir machen könnten, sei heut zu Tage überhaupt nicht mehr möglich. Gegenüber solchen bündigen Erklärungen wird der Reichstag mit alten Phrasen regalirt, an die kein Kind im deutschen Reiche glaubt. Auch die sozialdemokratische Presse kann die Fortsetzung des kleinen Belagerungszustandes nicht rechtfertigen. Würde denn das "Vollständlaff", die "Volltribüne" weiter existiren, wenn ihr Inhalt zum Eindringen der Behörden gäbe? Wahlvereine zu gründen, ist ein verfassungsmäßig garantires Recht; aber weil es der Regierung gefällt, schaurige Mittelheilungen dem Reichstage zu machen, müssen auch die armen Wahlvereine verhalten. Wenn alles das wahr wäre, was in dem Bericht angegeben wird, so wäre es Pflicht der Regierung über Berlin den großen Belagerungszustand zu verbürgen. Dann müßte Tag für Tag das Militär auf den Straßen marschieren. Aber wir verfolgen unsere Ziele mit Ruhe und geben keinen Schritt weiter, als wie es die bestehenden Gelege gestatten, schon mit Rücksicht auf unsere Selbstbehauptung. Auflösungen haben aus den wunderbarsten Gründen stattgefunden bei Büttner von Heine, von Giordano Bruno, bei der Befreiung des Normalarbeitsstages u. s. w., ein ander Mal, als ich meine Rede begann: "M. H., es ist begreiflich, wenn —" einmal bei den Worten: "Bedenken Sie, daß wir alle nach auf die Welt gekommen sind." (Heiterkeit). Wie will der Minister des Innern aus der Blüthenlese irgend etwas herausfinden, was den § 9 des Sozialistengesetzes anwendbar erscheinen läßt? Wo bleibt da die in der Zeit versprochene loyale Handhabung des Sozialistengesetzes? Sein Geist und sein Wortlaut werden verlegt. Alle sozialistischen Agitationen — das geben auch die Motive ausdrücklich zu — sollen der Offenlichkeit verwiesen werden, und die nothwendige Folge ist in eine Korruption der Rechtsprechung durch die sogenannten Geheimbundsprozesse, die eines jener Kapitel sind, die der deutschen Justiz dot zur Ehre gereichen. Es ist sehr charakteristisch, auf welcher Leute Aussagen hin andere Personen angelagt und als Geheimblinder auch verurteilt sind, wenn es nicht gelang, wie neulich in München, die Denunzianten zu entlarven. Meist waren Geheimpolizisten in Frage, und die Prozeße sind geeignet, jedem Unbefangenem die Augen darüber zu öffnen, was wir uns mit dem Sozialistengesetz großgezogen haben. Viele Leute haben zu Gewaltthaten und Verbrechen angereizt, und diese Anreizung benötigt die Thronrede dann wieder, um mit ihnen die Verlängerung des Sozialistengesetzes zu begründen.

Wenn der innere Friede gestört wird, so sind daran Schuld die zufürchterlichen Lockpistole und Sätze der Polizeibehörden, welche aus ist, sich wichtig zu machen, erlogene Mittelheilungen machen und ehrliche Leute ins Unglück stürzen. Der Regierung liegt nicht daran, gemeinschaftliche Bestrebungen zu unterdrücken, sondern alle sozialdemokratischen Brecherzeugnisse aus der Welt zu schaffen. Die Regierungen stellen sich in den Dienst des Unternehmertums und des Kapitalismus. Wohl gehört von den Arbeitern sind die Worte des stellvertretenden

Leiters der Regierung auf einem industriellen Feste, wo er sagte: Wir arbeiten ja nur für Sie! Das ist charakteristisch. Um den betreffenden Klassen zu dienen, will man die Arbeiterbewegung erdrücken. Alles, was über eine Zentralleitung in London gesagt ist, ist unwahr. Lehnlich wie in Berlin wird die Sache in Hamburg gehandhabt. Sozialdemokratische Blätter sind verboten worden, weil sie Artikel von selbständigen Mitarbeitern brachten. Auch hier, ebenso wie in Leipzig, ist im Vordergrund die Unterdrückung der Gewerkschaftsbewegung. Das zeigt das Verbot der in Gotha erscheinenden "Freien Glocken", die nicht einmal sozialistisch sind, die sich aber mit gewerkschaftlichen Fragen beschäftigt haben. Das sollte auch anderen Parteien zu denten geben, was mit einem dauernden Sozialistengeley, sobald die Regierungen nicht mehr Rechenschaft zu geben brauchen, zur Unterdrückung jeder freien Meinungsäußerung möglich ist. Auch in Offenbach sind alle Maßregeln auf Grund des Sozialistengesetzes ungesetzlich. Die Regierung kann ihr System nur erhalten auf Grund der nackten Gewalt, auf Grund eines Gesetzes, das wir nicht fürchten. Für Sie bleibt aber dieses Gesetz ein Monument der Schande. (Beifall bei den Sozialdemokraten. Oho! rechts.)

Präsident v. Levetzow ruft den Redner wegen des letzten Aussrufs zur Ordnung.

Bundesbevollmächtigter Minister Herrfurth: Hier handelt es sich nur darum, ob das zur Zeit bestehende Gesetz in dem Sinne ausgeführt worden ist, in welchem es erlassen worden ist, und in diesem Punkte sind allerdings die verblüdeten Regierungen gerade entgegengelehrter Meinung, wie der Herr Vorredner. Jede einer Behörde verliehene Befugnis giebt der Behörde zugleich das Recht, von dieser Befugnis Gebrauch zu machen, wenn eben die Voraussetzungen zu treffen, welche für die Ausübung der Befugnis angenommen sind, und im Gegensatz zum Vorredner sind wir der Meinung, daß allerdings für Berlin und Umgegend eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit vorgelegen hat, als die fakultativen Bestimmungen des Sozialistengesetzes in Anwendung gebracht wurden. Eine wesentliche Veränderung im Verhältnis zu den Zuständen, welche zu dem Erlass des Gesetzes Veranlassung gegeben haben, ist nicht eingetreten. Der Vorredner hat eine Reihe von Verböten von Versammlungen und Auflösungen namhaft gemacht. Dem gegenüber konstatiere ich, daß von mir wiederholt die Behörden ausdrücklich angewiesen sind, es seien die Beamten, denen die Beaufsichtigung von Versammlungen obliegt, darauf aufmerksam zu machen, daß eine Auflösung nur erfolgen darf, wenn in der Versammlung sozialdemokratische Bestrebungen, welche auf den Umgang von Staat und Gesellschaft gerichtet sind, zu Tage treten, und daß ein vorheriges Verbot nur zulässig ist, wenn Thatsachen vorliegen, welche die Annahme rechtfertigen, daß die Versammlung der Förderung solcher Bestrebungen dienen soll, und daß vor allen Dingen der Umstand allein, daß der Einberufer oder der in Aussicht genommene Redner der sozialdemokratischen Partei angehört, diese Annahme an sich noch nicht rechtfertigt. Nach diesen Grundsätzen wird verfahren. Niemals ist eine Versammlung verboten worden, weil die von Herrn Singer erwähnten Gegenstände auf der Tagesordnung standen, sondern nur, wenn anderweitige Thatsachen vorlagen, welche die Annahme rechtfertigen, daß die Versammlung zur Förderung der bezeichneten sozialdemokratischen Umsturzbestrebungen dienen sollte. Die Auflösungen werden häufig provoziert, und es ist sehr charakteristisch, wie dann nach der Auflösung von der Versammlung verfahren wird. Die Herren haben ein ganz bestimmtes Rezept, welches sich nicht auf die Abhaltung, sondern auf die Auflösung der Versammlung bezieht. Im Anfang einer solchen Versammlung wird von einem gemäßigten Redner durchaus maggoll gesprochen, aber nach Verlauf von einigen Stunden, wenn sich die Temperatur erst erhöht hat, wird die Sprache viel schärfer; dann sammeln sich draußen eine große Masse an, welche auf die Auflösung wartet und recht ungeduldig wird, wenn die Auflösung nicht rasch erfolgt. (Heiterkeit.) Dinnim im Saale wird die Sprache dann so gesteigert, daß die Auflösung erfolgen muß, und dann ist der erwünschte Moment gegeben zu den turbulenten Szenen, für welche der Berliner einen ganz besonderen Ausdruck hat. Eine Versammlung in der Tonhalle, wo Herr Singer das Referat übernommen hatte, ist heute nicht erwähnt worden. Dieselbe hat zu den turbulentesten Szenen und zu Angriffen auf die Polizeimannschaft Veranlassung gegeben, wovon Herr Singer heute nicht gesprochen hat. Herr Singer stellte sich damals ganz auf den Boden der bestehenden Gesellschaftsordnung. Es war aber der Moment der Auflösung gekommen, wo Laien draußen auf die Auflösung warteten, da trat ein Schuhmachermeister Baginsky hervor, der ausführte, daß auf Grund der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung eine Reform nicht herbeigeführt werden könnte. In diesem Moment fand die Auflösung statt. Nun zeigten sich die Arbeiterbataillone in Schritt und Tritt, zogen die Friedrichstraße entlang; Gefangene wurden gewaltsam festgehalten, Schuhleute auf den Straßendamm geworfen, und die aller-turbulentesten Szenen traten hervor. Selbst Zeitungen nahmen darauf Veranlassung zur Erklärung, daß die Bewohner der Friedrichstraße jetzt wohl von der Nothwendigkeit der Verlängerung des Sozialistengesetzes überzeugt seien.

Was die Art und Weise der Wahlagitation anlangt, so erkenne ich an, daß die Abhaltung von Wahlversammlungen theoretisch sich durchaus auf zulässigem Boden bewegt. Abgeordnete in großer Zahl in den Reichstag zu senden, um auf diesem Wege das Ziel der Reform zu erreichen, ist durchaus gerechtfertigt, aber ein Flugblatt, das ich hier vor mir habe, zeigt doch recht klar, was die Herren unter friedlicher Agitation verstehen. Unter der Überschrift: "Wähler macht die Augen auf!" wird sowohl am Anfang wie am Schluss die Friedlichkeit der Bestrebungen betont. Zwischen dem konkreten Anfang und Ende finden Sie aber Stellen höchst aufreizenden Inhalts. Der Minister verliest einige dieser Stellen, worin unter anderen der Zweck der afrikanischen Kolonisation darin gesehen wird, für Großgrundbesitzer neue Plantagen anzulegen, um Sklaven darauf zu läuten und billigere Arbeitskräfte darauf nach Europa zu bekommen; deutsche Matrosen fänden ihren Tod in fremden Gewässern, nicht um Arbeit und Brot, sondern um neue militärische Ehren; die Steuern würden von den Arbeitern bezahlt, aber mit den Geweben, die aus Steuern angeschafft würden, hätte man auch Vergleiche, die nichts weiter gehabt, als daß sie nicht bei unmenschlicher Behandlung für einen Hungerlohn weiterarbeiten wollen, niedergeschossen wie die Hunde. Das nennen die Herren fiedliche Agitation für die Wahlen. Auch heute hat Herr Singer hervorgehoben, daß das Sozialistengesetz Lockpistole und agents provocateurs zähle. Wenn ich bei Übernahme meines Amtes alle Behörden angewiesen habe, unter allen Umständen Alles zu vermeide, was wirklich wie eine Anreizung zu verbotenen Handlungen aussähe, und jeden Agenten, der sich eine solche Provocation zu Schulden kommen ließe, unabschließlich und mit den schärfsten disziplinarischen Maßregeln oder mit Entlassung zu strafen, so habe ich damit etwas durchaus Selbstverständliches gethan. Ich habe damit nur einen Grundsatz wieder neu eingeführt, der von dieser Stelle aus von meinem Herrn Amtsbevollmächtigten proklamiert ist, und der in seiner Verwaltung stets leitend gewesen ist. Das einmal der Fall vorkommen kann, daß ein Beamter aus Unbedarftheit oder einem Agenten aus weniger lauter Grüünden irgend etwas gehabt hat, was als Anreizung zu einer verbotenen Handlung aufgefaßt werden kann, bleibt möglich. Dann hat er gegen seine ausdrückliche Anstruktion gehandelt, und die Strafe wird nicht ausbleiben. (Rufe bei den Sozialdemokraten: Allgemeines Ehrengefecht!) Ich werde in meinem Refort agents provocateurs niemals dulden. Auch in der Affäre des Schumanns Ihring steht Aussage gegen Aussage, und man muß sagen: non liquet. Für meine Person glaube ich zunächst einem Beamten, der lange Jahre als pflichtmäßiger, befonnener und wahrschließlich lebender Mann für gezeigt hat, gegenüber den Belastungszeugen, deren Glaubwürdigkeit mir schon mit Rücksicht auf die Verdienstlichkeit der Zeugenaussagen für Parteigenossen weniger groß erscheint. (Oho! bei den Sozialdemokraten.) Gegen die Belastungszeugen ist ja auch, nachdem sie ihr Bezeugnis abgegeben haben, aus recht ernsten Grüünden vorgegangen worden: Der Eine hat sich der Beleidigung von Personen der Armee zum Treubruch schuldig gemacht, der Andere eines wissenschaftlichen Meinendes.

Die verblüdeten Regierungen sind der Meinung, daß die Einrichtungen, welche auf Grund des kleinen Belagerungszustandes getroffen werden, der Gefahr wohl vorbeugen können, daß etwa der große Belagerungszustand verhängt werden müsse. In diesem Sinne kann die Regierung auf die allerschärfste, aber auch allervorsichtige Maßregel der Ausweitung nicht verzichten. Zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit und zur Vorbeugung gegen turbulente Szenen und Vorkommnisse, wie wie sie bereits gehabt haben, in dem Sinne, wie jenes alte Sprichwort sagt: "Ruhe ist die erste Bürgerpflicht."

Bundesbevollmächtigter Staatssekretär v. Voetticher: Der Abgeordnete Singer hat eine Neuherierung von mir gefestigt, die nach außen hin einer Richtigstellung bedarf. Schon vor einiger Zeit ging mir ein sozialdemokratisches anonymes Flugblatt zu, worin gesagt war, zu-

nächst, daß alle Parteien dem armen Mann das Fell über die Ohren ziehen wollen, alles Unheil kommt vom Großkapitalismus her, und dann, daß Herr v. Voetticher bei einer Zusammentunft von Großindustriellen gesagt habe: "M. H., wir arbeiten ja nur für Sie!" d. h. ins Deutsche übersetzt, wenn es auch so aussieht, als ob wir (nämlich die Regierung) etwas für den armen Mann thun wollen, so sei das nur Schein; wir wollten dem Hungerleider nur weis machen, es geschehe für ihn etwas, damit die Leute nicht die Geldsäcke übers Ohr hauen. Der Gelegenheit erinnere ich mich sehr wohl, es war etwa kurz nach Erlass des Unfallverhinderungsgesetzes; nachdem Seitens der Großindustriellen vielfach der Sorge Ausdruck gegeben war, daß die Industrie nicht im Stande sein werde, die Lasten der Unfallverhinderung zu tragen, da habe ich wiederholt Veranlassung genommen, die Herren Großindustriellen daran zu erinnern, daß sie aus der sozialpolitischen Gelegenheit direkt und indirekt Vortheile ziehen würden. Ich habe meinen Bürgern damals klar zu machen versucht, daß die Arbeitgeber mehr schaffen könnten, wenn sie mit einer zufriedenen und in ihrer Existenz sicheren Bröderlichkeit es zu thun haben. (Sehr richtig! rechts.) In diesem Sinne ist die Neuherierung gebracht und ich will hoffen, daß Herr Singer unter seinen Leuten Veranlassung nimmt, mich vor solchen infamen Interpretationen meiner Neuherierung zu schützen, die wohlwollend und im Interesse des Friedens gebraucht werden sind. (Beifall rechts.)

Abg. Frohme (Soz.): Schlimmer als die vom Herrn Minister angeführten sozialdemokratischen Agitationen sind die antisemitischen, gegen welche doch wahrlich nicht auf Grund des Sozialistengesetzes eingeschritten werden. Die Sprache in diesen ist eine weit schärfere, enthält gemeine und aufreizende Stellen gegen Gesellschaftsklassen so daß man sich unwillkürlich fragt: wo bleibt da unsere hochweise und gerechte Polizei! Aber die Arbeiter, die ihr hartes Los verbessern wollen, sind verstockte, gemeinfährliche Personen, die gelenkt werden müssen. Hunderttausend von antisemitischen Heftflugblättern werden in allen Kreisen der Gesellschaft verbreitet unter Berufung auf hohe und höchste Protektionen, voll von Schmutz und Aufreizungen. Wie stellt sich der Herr Minister denn dazu? Schon vor Erlass des Sozialistengesetzes wurden Arbeiter, die behufs Erzielung höherer Löhne zusammengetragen, als Umstürzer u. s. w. gebrandmarkt; daß solche Bestrebungen jetzt auf Grund des Sozialistengesetzes unmöglich gemacht werden, steht im Widerspruch mit den Verheißungen einer loyalen Handhabung des Sozialistengesetzes von 1878 und in Widerspruch mit den ausdrücklichen Zusicherungen des Reichskanzlers, jede Agitation unterstützen zu wollen, die auf positive Förderung der Arbeiterinteressen gerichtet sei. Mit abgebrühten Schlagwörtern wird uns vorgeworfen, daß wir agitatorisch die Arbeiterschaften zur Unzufriedenheit aufreizen; — dessen Bedarf es nicht. Der Vertheuerung der Lebensmittel und den höher geschauenden Ansprüchen der ganzen Lebenshaltung gegenüber bedarf es einer Agitation nicht, um den Arbeiterklassen das Bewußtsein ihrer unzulänglichen Lage beizubringen. Der Unzufriedenheit der Großgrundbesitzer ist allerdings durch Schutzölle auf Lebensmittel abgebolzen, aber gerade diese Schutzölle steigern die Unzufriedenheit der Arbeiter mehr als jede sozialdemokratische Agitation. Wenn ein Arbeiter täglich 4 oder 5 Mark zu seiner Lebenshaltung verlangt, so finden Sie das unerhört; Hunger und Dank für gnädige Prügel — das ist es, was Ihre Moral dem kleinen Mann zuweisen will. Den Lohnbestrebungen der arbeitenden Klassen werden solche Hindernisse entgegengestellt, daß sogar Vorstandsschäden der Gewerkschaften verhindert werden sind. Ohne zu fragen, ob die im Gesetz ausdrücklich vorausgesetzten "umstürzlerischen Bestrebungen" vorhanden sind, wird Alles unter dem Sozialistengesetz zusammengefaßt, was der Regierung und den bestehenden Klassen unbekannt ist. Lohnherhöhung — das ist die erste Forderung aller Sozialreform; — selbst die Anhänger des Krankenkassen- und des Altersver sicherungsgesetzes werden nicht behaupten können, daß die sozialpolitische Gesetzgebung nach dieser

Richtung etwas geholfen habe, und damit erklärt sich die große Lohnbewegung dieses Jahres und die nach aller Voraussicht sich daran anschließende Lohnbewegung des nächsten Jahres. Redner führt eingehend aus, wie die Leipziger Polizei im Bunde mit der sächsischen Regierung systematisch jede Lohnbewegung daselbst gesetzwidrig unterdrückt habe. Es ist charakteristisch, wie selbst in einem amtlichen Altenstädte alle die Verleumdungen der offiziösen Presse und des Herrn Schweinburg wiederholt werden, daß die Arbeitseinstellungen das deutlichste Merkmal für den umstürzlerischen Charakter der Sozialdemokratie sind. Wenn so alle ehrlichen Bestrebungen der Arbeiter auf Grund des Sozialistengesetzes unmöglich gemacht werden, so dürfen Sie sich über Unzufriedenheit in diesen Kreisen nicht wundern; täuschen Sie sich nicht, Sie säen sie selbst. Sie sind gewarnt, m. H. auch die Regierung. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Barth (dfr.): Es ist eine eigenthümliche Ansicht, in welcher die Vertreter des Sozialistengesetzes sich bewegen. Das eine Mal heißt es bei der Denkschrift: im vorigen Jahre hat überall, wo jetzt auch damals der Belagerungszustand bestanden; durch sein Schweigen hat der Reichstag der Regierung darin Recht gegeben; inzwischen hat sich an den Verhältnissen nichts geändert, folglich handelt die Regierung ganz im Sinne der Volksvertretung, wenn sie den Belagerungszustand abermals verlängert. Diese Vogil halte ich nicht für zutreffend. Wenn Sie die ganzen Rechenschaftsberichte durchsehen, so werden Sie immer ein und denselben Gedanken finden. Es wird in sehr beredten Worten auseinandersetzt, daß die sozialdemokratische Bewegung in allen diesen Gebieten in keiner Weise zurückgegangen ist, sondern nur, daß sie ins Geheime zurückgedrängt sei, daß sie dadurch intensiv und extensiv unter der Oberfläche eine größere Ausdehnung angenommen habe, wie bisher. Dann heißt es: Daraus erkennt man, wie notwendig es ist, ganz außerordentliche Maßnahmen zu treffen, wenn die Ausweisungen nicht in Anwendung gelommen wären, dann wären die Dinge, die jetzt schon so schlimm sind, noch viel schlimmer geworden. Eine solche Beweisführung ist doch verehrt. Denn es liegt doch auf der Hand, nirgends ist die sozialdemokratische Bewegung gefährlicher, als da, wo sie unter der Oberfläche sich bewegt. Da kann sie sich in der allerbedenklichsten Art beitägt, und es wird ja auch gerade bei dem Bericht über Frankfurt ausgeführt, wie die Verhüllung des Büchers „Sozialdemokrat“ und die Einschmuggelung der sozialdemokratischen Literatur trotzdem und allemal ruhig fortduert. Wo es gelungen ist, sozialdemokratische Vereine zu unterdrücken, haben sich die Bewegungen von den Fackelvereinen in die Werkstätten und in die einzelnen Häuser verpflanzt und unter der Oberfläche viel weiter ausgedehnt wie bislang. Das Sozialistengesetz hat überhaupt dazu gedient, daß jene Uebel zu verschärfen, welches durch das Gesetz besteuert oder gemildert werden soll. Nun geht man weiter und sagt, die Dinge werden schlimmer, wenn nicht hier und da Ausweisungen vorgenommen werden, die geschulten Agitatoren, die schließlich zu offener Gewalt getrieben hätten, entfernt werden würden. Diese Argumentation ist mir unverständlich. Was in der Arbeiterbewegung deutlich zu Tage getreten ist, ist das, daß Arbeiterbewegungen nur dann außerordentlich gefährlich sind, wenn es an Organisation und an Führern fehlt. Die Führer haben ein Interesse daran, daß die Bewegungen, die sie mit großer Mühe ins Leben gerufen haben, nicht durch bürgerliche Uebische und Revolten unterdrückt werden. Der Doctorarbeiterstreik in London wurde zweifellos zu den allerschlimmsten Ausschreitungen geführt haben, wenn nicht Leute, wie der Kardinal Manning, mit dem Arbeiterführer Burns Hand in Hand die Ordnung aufrecht erhalten hätten. In Folgedienst haben sich die Arbeiter in einer geradezu musterhaften Ordnung befunden, die allerbeste Organisation hat dort obgewaltet. Wenn das der Fall ist, so ist das principale Argument in der Rechtfertigungschrift der Regierung falsch, dann wird gerade dadurch, daß man den Massen die Führer nimmt, die Möglichkeit für eine Explosionsgeschafft. Deshalb geht aus dem Bericht hervor, wie verfehlt es ist, überhaupt solche Ausweisungen vorzunehmen. Nach der andern Richtung wird das Gefährliche der Ausweisungen zugestanden, daß die Ausgewiesenen die Propaganda auf andere Gebiete übertragen. So sind bereits die größten Erfolge sozialdemokratischer Propaganda erzielt worden. Die Frage ist jetzt mehr als früher dringlich, und es wird zu prüfen sein, ob der Belagerungszustand und das Gesetz überhaupt — ich für meine Person bin der Ansicht, daß es nichts schädlicheres gibt als das Sozialistengesetz — zu rechtfertigen ist.

Man hat sich früher darauf berufen, daß man erst die Wirkung der Sozialpolitik abwarten müsse. In dem sächsischen Bericht heißt es nun, daß „sich bereits Spuren nicht ungünstiger Wirkung der neuen sozialen Gesetzesgebung zu zeigen scheinen.“ (Heiterkeit, links). Eine größere Satire auf die Behauptung, daß die inaugurierte soziale Gesetzesgebung von günstiger Wirkung auf die Arbeiter sein werde, als in diesen verfaulenden Worten enthalten, kann ich mir nicht denken. (Sehr richtig! links). Ich bin deshalb der Meinung, daß der Belagerungszustand überhaupt und überall abzuschaffen ist. (Beifall links).

Abgeordneter Dr. Hartmann (cons.): Ich muß der Annahme des Abgeordneten Frohne widersprechen, daß die Kornjölli ein Geschenk für die Großgrundbesitzer sind. Ich bin nicht Grundbesitzer, ich wohne in der Stadt, ich habe aber aus Überzeugung für die Bölle gestimmt und halte sie heute noch für einen Segen für das ganze Land. (Bravo! rechts). Ründer führt des weiteren aus, wenn ein Redner das Regierungssystem für etwas gleichgültiges hält, so müsse man feste Grenzen schaffen, damit eine derartige Agitation nicht überhand nehme.

Abgeordneter Singer: Der Vorredner möge einmal die Arbeit eines Wahlkreises fragen, ob sie auch so wie er über die Gefechtszölle denken. Und wenn er es als eine ganz außerordentliche Sache ansieht, daß einmal ein Sozialdemokrat gesagt hat, dem Volke sei es gleich, von wem es regiert werde, so frage ich ihn: wo war denn bei den Freunden des Sozialistengesetzes, bei den Nationalliberalen die Pietät vor angestammten Fürstenhäusern bei der Annexion von 1866?

Die Ausführungen des preußischen Ministers haben mich unbefriedigt gelassen; gerade das schroffe und herausfordernde Benehmen der Berliner Polizei hat jene Szene herbeigeführt, die der Minister selbst als turbulent bezeichnet. Was soll denn das heißen, wenn nach erfolgter Auflösung ein Schuyman den Leuten zuruft: Nun saufen Sie mal rasch Ihr Bier aus! Auch auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung läßt sich für die Arbeiter mehr thun, und diese Bestrebungen der Arbeiter in gesetzmäßiger Form macht man auf Grund des Sozialistengesetzes unmöglich. Diesen Vorwurf habe ich erhoben und Minister Herrfurth hat ihn nicht zu widerlegen vermocht. Herr Herrfurth macht es jenem Flugblatt zum Vorwurf, daß es sagt, die Kolonialpolitik stütze nur Sklaven. Ja, da schallt es aus dem Walde heraus, wie es hineinschallt. Oder ist denn nicht etwa in Ostpreußen zur Beseitigung des Arbeitermangels der Kullimoat ernstlich erwogen? Und bedient sich nicht ein Mitglied dieses Hauses, Herr Woermann, auf seinen Schiffen der Kulis?

Den Vorwurf, den der Minister gegen uns erhebt, wir bedienen uns des Meineides zu Gunsten von Parteigenossen, weise ich als eine den Thatsachen widersprechende Behauptung weit ab. Den Schuyman bringt wird er so leicht nicht von sich abschütteln können; er mag es vielleicht gerne haben, wenn der Name aus den Diskussionen dieses Hauses verschwindet, aber wir Sozialdemokraten haben keine Veranlassung, ihm den Gefallen zu thun. Wir können noch mit mehr dienen. Herr Herrfurth dingt die Agenten nicht, aber unter ihm stehende Beamte bedienen sich derselben und der Polizeicirat Haale hat kürzlich erst einem Genossen 500 Mark gegeben, damit er sich mit dem anarchistischen „Rebell“ in Verbindung setze. (Götter!) Gerade durch das Abscheiden des gesetzlichen Weges drängen Sie die Agitation ins Geheimen hinein; Herr Barth hat ganz recht, daß das Sozialistengesetz das schlechteste Mittel ist gegen die Sozialdemokratie. Sie tragen die Verantwortung ganz allein. Auf die Auseinandersetzung des Herrn v. Bötticher komme ich noch zurück: Ihr Wirken auf sozialpolitischem Gebiete erklärt eine solche Auffassung in Arbeiterkreisen durchaus.

Abg. Frohne weist nochmals auf die Folgen der Schutzzölle, auf die Bedeutung der armen arbeitenden Bevölkerung namentlich in Ost- und Westpreußen hin, wo die Leute zur Auswanderung genötigt seien. Dort sei nicht die Sozialdemokratie maßgebend, sondern die Großgrundbesitzer, die Generalpächter des Hurrahpatroismus, aber nirgends weise die Verbrecherstatistik mehr Vergehen gegen das Strafgesetzbuch auf als dort. Das beweise, daß die Polizei nichts als reine Interessenpolitik sei.

Abg. Dr. Hartmann (cons.): Wenn Herr Frohne den Patriotismus der Ostpreußen ungünstig empfände, so scheine es, als ob die Sozialdemokratie in der Liebe zum Vaterlande metteifern wolle. (Abg. Bebel: Ach nein, fällt uns gar nicht ein. Heiterkeit.)

Der Rechenschaftsbericht wird hierauf durch Kenntnisnahme für erledigt erklärt.

Sodann vertagt sich das Haus auf Dienstag 1 Uhr: (Sozialistengesetz).

Schluss 4 Uhr.

Deutschland.

** Berlin, 4. November. Die heutige Reichstagsitzung war für die Bühdverschaft, welche die Tribünen bis auf den letzten Platz besetzt hatte, eine große Enttäuschung; man hatte den Beginn der großen Debatte über die Zukunft des Sozialistengesetzes erwartet und mußte sich mit der nicht gerade aufregenden Besprechung der letzten Rechenschaftsberichte über die Verlängerung des kleinen Belagerungszustandes in Berlin u. s. w. begnügen. Ob die Sozialdemokraten, welche den Präsidenten bestimmt hatten, dieser Besprechung den Vorrang vor dem Sozialistengesetz zu geben, ihre Rechnung dabei gefunden haben, muß man bezweifeln; der Reichstag selbst protestierte gegen diese Neihenfolge der Verhandlung durch leere Bänke. Minister Herrfurth, welcher die Maßregeln der Regierungen verteidigte, nahm eine sehr vorsichtige Stellung ein, indem er die Ausführungen des Gesetzes verteidigte mit dem Hinweis darauf, daß das Gesetz, so lange es eben besteht, auch nach den früheren Intentionen ausgeführt werden müsse. Gleichwohl war die Verhandlung nicht ganz ohne Interesse für die morgen beginnende Beratung des neuen Gesetzes. Minister Herrfurth gab deutlich zu verstehen, daß die Beseitigung der Ausweisungsvollmacht, von der ja morgen die Rede sein wird, wenig Beifall bei den Regierungen finden werde. Soweit bis jetzt

ihrer Sammlung dieser Gefahr ausgesetzt waren. Die erste öffentliche Bibliothek wird im Alterthum von einigen Schriftstellern auf Pissistratus, den Tyrannen von Athen, zurückgeführt, doch neigen sich heute die besten Gelehrten der Ansicht zu, daß diese Nachricht unverbürgt ist und entweder auf einem Mißverständnis oder auf einer tendenziösen Erfindung beruht. Desto genauer sind wir über die beiden großen öffentlichen Bibliotheken in Alexandria unterrichtet, welche die vortrefflichen Fürsten Ptolemäus Soter und sein Sohn Philadelphos, die Freunde und Förderer der Wissenschaft, im königlichen Palast und im Serapistempel aufgestellt hatten, indem sie gleichzeitig für die steile Berggrößerung derselben Sorge trugen. Während die kleinere Bibliothek von den Doubletten der Hauptbibliothek gespeist wurde, umfaßte diese sehr bald 40 000 Bände, oder wie man richtig sagen muß, Rollen, da im Anfang der alexandrinischen Zeit die literarischen Denkmäler nur in Papyrusrollen niedergelegt waren und erst später Bergamentbände hinzutrat. Die Überbibliothekare der großen Bibliothek haben Namen von unvergänglicher Bedeutung, wie Zenodot, Kallimachus, Eratothenes.

Die Erbschaft von Alexandria übernahm Rom, was den Sammelsleiß anbetrifft, so daß das Ende der Republik dort schon eine Bibliothek kannte, die Kaiserzeit mehrere, welche für die öffentliche Benutzung freigegeben waren. Die wirkliche Erbschaft aber der Bücherschätze von Alexandria, soweit diese nicht durch den alexandrinischen Brand unter Cäsar und im siebenten Jahrhundert durch die Plünderung der Trabanten vernichtet wurden, trat Konstantinopel an, die Hauptstadt des östlichen Reichs, in welcher durch verschiedene Kaiser und Kai-

bekannt, treten nur die Deutschkonservativen und die Reichspartei für die Regierungsvorlage ein, während die Nationalliberalen das Gesetz, wie es steht, nur für kurze Zeit bewilligen wollen. — Gewissermaßen als Vorbereitung auf die in der Thronrede angekündigte Forderung weiterer Geldmittel für die Wissmann'sche Expedition ist dem Reichstage heute eine Zusammenstellung der Wissmann'schen Berichte über die Kämpfe gegen Bushiri gegangen. Daß die Geldforderung selbst dem Reichstage in allerhöchster Zeit zugehen werde, ist nicht wahrscheinlich, da Herr Wissmann einen Bericht über die Fortführung der Operationen in dem südlichen Theile der ostafrikanischen Küste erst jetzt nach seiner Rückkehr von seiner Expedition nach Mpawpa erstatten wird. Allerdings ist damit nicht ausgeschlossen, daß dem Reichstage demnächst schon eine Vorlage zugeht, in welcher die Mittel zur Deckung der durch die bisherigen Operationen verursachten Mehrausgaben verlangt werden. Soweit es sich um Thatsächliches handelt, enthält das Weißbuch kaum etwas Neues. Der größere Theil der Berichte war bereits im „Reichsanzeiger“ zu lesen, der Inhalt der übrigen ist durch anderweitige Mitteilungen erschöpft; immerhin aber ist die zusammenfassende Darstellung der Vorgänge, welche nach der Auffassung Wissmanns zu der völligen Wiederherstellung der Ruhe in dem nördlichen Küstengebiet und einem großen Theile des Hinterlandes angeblich bis auf 4 Tagereisen geführt haben, von großem Interesse. Namentlich auf die Expedition nach Mpawpa werfen die leichten Berichte von Ende August ab ein helles Licht. Diese Expedition unternahm Wissmann, um die wichtigste Handelsstraße Ostafrikas zu eröffnen, Bushiri zu vernichten oder zu vertreiben, die französischen und englischen Missionare, die Bushiri auf seinem Marsch ins Innere vertrieben hatte, in ihre Stationen wieder einzuziehen. Nachdem Wissmann, der am 9. September von Bagamoyo aufbrach, am 22. in Simbabwe eingetroffen, stellte sich heraus, daß Bushiri seinem Angriff auswich und sich nach Süden wandte. Diese Schwenkung Bushiris hat offenbar das s. B. in Meldungen der „Times“ erwähnte Gerücht hervorgerufen, Bushiri befindet sich im Rücken der Wissmann'schen Expedition und im Anmarsch auf Bagamoyo, was dort eine große Panik unter den Indern hervorrief. In Wirklichkeit war Bushiri, wie der Stellvertreter Wissmanns berichtet, nach Südwesten marschiert und befand sich gegen Ende September 6 Tagereisen von Bagamoyo. Den Hauptangriff auf die Stellung Bushiris unternahm der Stellvertretende Reichskommissar v. Graveneck, der von Dar es Salam über Madimola aus das Lager Bushiris, in welchem sich 6000 Eingeborene aus dem Maftestamm befanden, Mitte Oktober überrumpelte und Bushiri zur Flucht nötigte. Wissmann selbst hat an diesem Kampfe gar keinen Theil genommen. Über die Operationen Gravenecks seit Ende September enthält das Weißbuch nur kurze telegraphische Meldungen. Nähere Berichte, namentlich über das Verbleiben Bushiris bleiben abzuwarten; indessen spricht das Telegramm Wissmanns von vorgestern, wonach er an der Küste nach friedlichem Rückmarsch eingetroffen ist, für die Annahme, daß das nördliche Küstengebiet bis Mpawpa z. B. von Aufständischen gesäubert ist. Ob für die Dauer, ist eine andere Frage.

Das Bestinden des Kaisers und der Kaiserin ist trotz der seit vergangenen anstrengenden Reisezeit ganz vor trefflich, und erleidete der Kaiser in gewohnter regelmäßiger Weise die laufenden Regierungs-Angelegenheiten. Die Reisedispositionen über die Rückkehr des Kaiserpaars von Konstantinopel durch Italien nach Deutschland bzw. nach Berlin sind bis zur Stunde definitiv noch nicht getroffen worden.

Der Bischof von Carlisle hat einen Auszug aus einem Briefe des Herrn Woodward, Mitglied der Universitäts-Mission in Ostafrika, datirt aus Magilia, 18. September, veröffentlicht. Der selbe lautet vollständig: „In voriger Woche hatten wir unseren ersten Besuch der Deutschen. Herr Krenzler aus Tanga traf plötzlich ein, denn ich konnte seinen deutschen Brief nicht lesen (er schreibt jetzt französisch) mit 9 Offizieren und Unteroffizieren und 40 Mann. Er kam zum freundlichen Besuch, um zu sehen, daß wir alle wohl seien und die Leute aufzufordern, zu ihm zu kommen und zu arbeiten. Er blieb nur einen Tag. Er war äußerst höflich, bot jedem in seiner Macht stehende Hilfe an, um selbst uns mit irgend welchen Lebensbedürfnissen zu versiehen. Als er erfuhr, daß der Tabak zu mangeln

serinnen der Sinn für Literatur rege gemacht worden war. Was an alten und wertvollen Schriften in Konstantinopel noch am Ende des 15. Jahrhunderts vorhanden war, ist zweifellos bei der Einnahme dieser Stadt durch die Türken zum Opfer gefallen. Vieles ist aber vorher durch gebildete Griechen gerettet worden.

Indessen hatte das Christenthum dafür gesorgt, daß nicht alles dem Untergang verfiel. In den besonders seit dem 8. und 9. Jahrhundert zahlreich entstehenden Klöstern brachten die Mönche ihre Musterstudien theils mit Abschriften der klassischen Werke, theils mit Aufzeichnung der zeitgemäßen Geschichte zu, und so dauerte es nicht lange, daß einzelne Klosterbibliotheken einen gewissen Ruf wegen der in ihnen erhaltenen kostbaren Schriften erlangten.

Drei Gruppen vermögen wir in dieser Abschreibungs- und Sammlungsgeschichte der Klöster zu unterscheiden. Die eine befand sich auf dem macedonischen Berg Athos, auf dem noch heute zweihundertzwanzig Klöster mit Klosterbibliotheken stehen — darunter die berühmtesten Laura und Iviron —, welche fast alle in der Geschichte der Textüberlieferung eine hervorragende Rolle spielen. Es genügt, daran zu erinnern, daß die verlorenen Fabeln des Babrios hier gefunden worden sind. Die zweite umfaßt Italien, und die meist berühmt gewordenen Klosterbibliotheken befanden sich in Bobbio Monte Cassino, La Cava, Grottaferrata, während die stolzesten Mönche dem Benediktinerorden angehörten. Endlich weist auch die Schweiz und Deutschland zahlreiche Klosterbibliotheken auf, unter denen wir Hersfeld, Beuren und das noch heute durch seine überaus wertvolle und durch kunstvolle Initialen ausgezeichnete

Die wertvollsten Bibliotheken der Gegenwart.

Bon Professor Job. Flach.

(Nachdruck verboten.)

Die ältesten literarischen Sammlungen, von denen wir Kunde haben, sind von Priestern ausgegangen, welche zu jenen alten Zeiten auch allein schreibkundig waren. Sie schrieben die Verzeichnisse der Tempelgeräthe, die Chronik und die heiligen Hymnen auf und verwahrten diese Urkunden in einem besonderen Raum ihres Tempels.

Waren mit dem Gottesdienst in einem Tempel in bestimmter periodischer Wiederkehr gewisse größere Feierlichkeiten oder Wettkämpfe verbunden, so bildete das von den Priestern angelegte Verzeichniss der Sieger, Schiedsrichter und des amtierenden Oberpriesters allmälig die Grundlage zu einer Chronik, welche Jahrhunderte hindurch geführt und für die späteren Geschichtsschreiber die wertvollste Quelle zur Feststellung der Chronologie wurde, ähnlich wie in Rom die Verzeichnisse der Consuln.

Mit der Ausbreitung der Schriftsprache trat auch bald das Verlangen auf, die überall zerstreuten Denkmäler der weltlichen Literatur durch Gründung einer Bibliothek allgemein zugänglich zu machen. Und dies Bedürfnis lag um so näher, als in Folge des Vorhandenseins nur vereinzelter Abschriften eines Gedichts oder einer prosaischen Schrift die Befürchtung vorhanden sein mußte, daß bei ungenügender Sorgfalt ein Werk ganz verloren gehen könnte.

Es ist bekannt, daß selbst die homerischen Gedichte vor

beginne, sandte er uns genug für eine sehr lange Zeit. Seiner Güte ist es zu danken, daß ich im Stande war, Sparls (Invalid) so schnell fortzusieden und er hat dem Dr. Gaßle eine Fahrt nach Tanga und schweres Geleite versprochen, falls die Strafen dies nötig machen. Freundlicher als sie es waren, könnten sie sich nicht gezeigt haben und nach allem, was über sie gesagt und geschrieben worden, war ich etwas überrauscht." Endlich einmal eine Anerkennung seitens der Engländer, katt der ewigen Gehässigkeiten, so bemerkte hierzu die „Ar. 3.“

Der „König. Btg.“ zufolge glaubt man in national-liberalen Kreisen nicht, daß der voliegende Sozialistengesetz-Entwurf Gesetz werden wird, insbesondere frebt man die Besetzung des Ausweisungsrechts und die Ersetzung der Beschwerdekommission durch einen Senat des Reichsgerichts, oder die obersten Landesverwaltungsgerichtshöfe oder aber durch die gewöhnlichen Gerichte an. Mit besonderem Nachdruck werden die Fraktionsbeschlüsse als endgültig bezeichnet.

Die Erweiterung der deutschen Schuhherrschaft an der Ostküste Afrikas scheint wider Vermuthen das deutsch-englische Einvernehmen, welches der Reichskanzler noch bei dem neulichen Empfange der Gesandtschaft des Sultans von Zanzibar mit Nachdruck betonte, auf eine nicht unbedenkliche Probe zu stellen. Nach den heute eingegangenen Nachrichten wäre die Angelegenheit bereits in ein diplomatisches Stadium getreten, welches eine weitere Auseinandersetzung unvermeidlich machen würde. Es wird der „Voss. Btg.“ gemeldet:

London, 4. November. Es bestätigt sich, daß Lord Salisbury der deutschen Regierung einen nachdrücklichen Protest gegen die Herstellung des deutschen Protektorats über die ostafrikanische Küste zwischen Witu und Kisumu übermittelte. Der Protest bezieht sich angeblich darauf, daß britische Gesellschaften Rechte über dies Ufergebiet erworben haben.

Die Begründung dieses Einspruchs zu prüfen, ist ohne genaue Kenntnis des Sachverhalts nicht möglich. Auffällig ist es, daß bei der ersten Nachricht von dem englischen Protest ein anderer Rechtsgrund für denselben angeführt wurde, der inzwischen wieder fallen gelassen zu sein scheint. Danach sollte die deutsche Schuhherrschaft an der Wituküste dem deutsch-englischen Theilungsvertrage widersprechen, während jetzt angeblich ältere erworbene Rechte britischer Interessenten zur Begründung des Einspruchs ins Feld geführt werden. Mit diesem letzten Einwande würde sich die englische Regierung etwa in der gleichen Lage befinden, wie Deutschland gegenüber dem Konzessionsvertrage der britisch-ostafrikanischen Gesellschaft betreffs der Stationen an der Somaliküste; da auch in Bezug auf diese ältere Abmachungen zwischen Deutschen und Eingeborenen bestehen. Die wenig günstige Lage, in die sich das konservative Ministerium durch die letzten Gemeinderathswahlen versetzt sieht, mag das thürige zu dem Einschluß dazu beigetragen haben, in dieser Frage jeden Schein schwächerer Nachgiebigkeit zu vermeiden. Untererseits hat die deutsche Regierung die Gemeinschaft mit England so vorbehaltlos zum obersten Grundsatz ihres Vorgehens in Ostafrika gemacht, daß sich an einer gütlichen Beilegung des hier entstandenen Streitfalles im Wege gemeinsamer Verständigung kaum zweifeln läßt.

Nachfolgende Mittheilungen der „Hamb. Nachr.“ können als Bestätigung der von verschiedenen Seiten ausgesprochenen Zweifel betreffs der gleichzeitigen Rückkehr Eminis mit Stanley gelten: Das dem Professor Schweinfurth über Emin Pascha aus Zanzibar zugegangene Telegramm rührte von dem dortigen Vertreter der belasteten Firma Hansing her, es berührte gewiß auf sorgfältigen Erkundigungen. Fraglich ist allerdings, ob der neueste Beschluß des Emin Pascha Komites Herrn Dr. Peiser rechtzeitig zugegeben wird. Er sollte sich bekanntlich schon dem Keniaberge genähert haben. Die Nachricht, daß Emin Pascha in englische Dienste getreten wäre, stöhnt noch immer auf Zweifel. Personen, die Emin kennen, wollen übrigens auch nicht glauben, daß er, wenn er zurückkehrt, nach Europa überstiegen wolle. Er soll früher den Wunsch geäußert haben, sich in Massauah niederzulassen, dessen Klima ihm besonders zusage. Der Ort ist seitdem von den Italienern noch verschönert worden. — Inzwischen ist hier auch ein Schreiben des Herrn Junker aus Wien eingetroffen, der ebenfalls die früheren Nachrichten über die Rückkehr Eminis für nicht ganz sicher gehalten hatte. Bezüglich der 6 Engländer, falls sich ihre Ankunft in Begleitung Eminis bestätigt, glaubt er, es werde sich um Missionäre handeln. Dann enthält das Schreiben noch die Andeutung, es wären Nachrichten über Stanley eingetroffen, die jedoch geheim gehalten würden.

Leopoldshall, 4. November. Ein entsetzliches Grubenunglück hat sich am 2. d. M. hier ereignet. Auf der herzoglich anhaltinischen neuen Schachtanlage an der Rathmannsdorfer Kreisstraße wurde heute früh 4 Uhr in einer Tiefe von 157 Metern auf der Schachtsohle

Sammlung besonders deutscher mittelalterlicher Dokumente hoch berühmte und sehenswerthe St. Gallen erwähnen.

Die erste moderne öffentliche Bibliothek wurde von der päpstlichen Regierung im Vatikan aufgestellt. Es folgten dann Florenz, welches alles den gebildeten Fürsten des Hauses Medici zu verdanken hat, und einzelne deutsche Universitätsbibliotheken, unter denen damals die Heidelberg sehr bald wegen ihren wertvollen Handschriften das größte Ansehen erhielt. Gleichzeitig wurde aber die große Gefahr, daß noch einige der erhaltenen Handschriften zerstreut oder verloren gehen könnten, durch die Erfindung der Buchdruckerkunst vermieden, in welcher sich sofort zwei große Offizinen um die klassische Literatur ein außerordentliches Verdienst erwarben, die des Aldus Manutius in Venedig und die des Oporinus in Basel.

Die vatikanische Bibliothek im vatikanischen Palast, welche der päpstlichen Regierung unterstellt ist, ist noch heute die berühmteste der Welt, obwohl seit dem Anfang dieses Jahrhunderts durch das überall eingeschaffte Zentralisierungssystem, ganz besonders aber durch die Aufhebung der Kloster- und kleineren Stadtbibliotheken, zahlreiche Rivalen entstanden sind. Ihr Ansehen wird die Bibliothek des Vatikans stets erhalten durch die große Menge der wertvollen griechischen Handschriften (circa 30 000) und der berühmten lateinischen Palimpseste, von denen ein großer Theil aus dem Kloster Bobbio stammt. Die früher sehr beschränkte Benutzung derselben ist in Folge von Vorstellungen der europäischen Regierung durch den jetzigen Papst in eine freiere Bahn gelentzt worden, womit dieser sich den Dank aller Gelehrten erworben hat.

In Betreff des Werthes folgen heute die Nationalbibliothek

mit einem kleinen Sprengbohrloche eine größere Ansammlung von Schwefelwasserstoffgasen gänzlich unerwartet angetroffen. Vorher hatten mehrere größere und kleine Bohrlöcher trotz bedeutender Tiefe nur ganz schwache Spuren von diesem giftigen Gasen nachgewiesen, so daß das Weiterabteufen des Schachtes unter den größten Vorsichtsmassregeln, welche in der Anwendung einer sehr kräftigen Ventilation, ferner in dem Ausschluß der durch elektrische Beleuchtung erzeugten offenen Grabenlampen, endlich in der bis zum Schachtstollen mittels Förderkörbe und doppelter Signalleitungen fortgesetzten Seilfahrt bestanden, ohne jegliches Bedenken fortgesetzt werden konnte. Durch die obige Gasausströmung wurde von den auf der Schachtstelle befindlichen 10 Bergleuten zunächst nur der eine mit dem betreffenden Sprengbohrloche beschädigte Hauer detraubt. Es wurde jedoch durch die seitens angestellten Rettungsversuche leider die Ausfahrt der Lebriegen derartig verzögert, daß während der Aufholung der Förderkörbe der Bergleute von leichter bewußtlos in den Schacht zurückfielen und zwei andere ihren Tod durch Verquetschung der überstehenden Körpertheile fanden. Nur drei Bergleute gelangten lebend an das Tagelicht; von diesen ist auch einer sehr schwer verletzt, so daß die Amputation beider Beine erforderlich geworden ist, während ein anderer nur leicht verletzt und der dritte endlich ganz unversehrt geblieben ist. Es haben also in Ganzen sieben Bergleute in treuer Brüderlichkeit ihren Tod gefunden.

Hamburg, 1. November. Nach kurzer Unterbrechung hat der Viehhändler J. Koch aus Mainz den Import von lebendem amerikanischen Vieh wieder aufgenommen. Gestern Abend kamen mit dem Dampfer „Amalfi“ wieder 151 Ochsen von Newyork hier an. Drei Thiere sind während der Fahrt verendet. Die hier angelkommenen Ochsen werden von einem Thierarzt untersucht und dann mit der Bahu nach Mainz befördert.

Rostock, 2. November. Hier ist, wie die „Rost. Btg.“ berichtet, eine „Geologische Landesanstalt“ errichtet, deren Aufgabe darin bestehen soll, die bei den geologischen Untersuchungen des Landes gewonnenen Ergebnisse aufzuziehen und zu sammeln, die geologischen Forschungen im Allgemeinen, besonders aber im landwirtschaftlichen Interesse zu verwerthen, Auskunft und Gutachten zu ertheilen und Bodenuntersuchungen für landwirtschaftliche und andere Zwecke vorzunehmen. Zum Vorstande dieser Anstalt ist der Professor der Mineralogie und Geologie an der Universität Rostock, Dr. Kleinis ernannt. Diejenigen, welche Bodenuntersuchungen, Bohrungen &c. beantragen, haben die der Anstalt dadurch erwachsenden Kosten zu tragen. — Die vom Bürgerausschuß zu Schwerin schon vor einigen Jahren angeregte Einführung einer städtischen Biersteuer bildete in der letzten Sitzung des Bürgerausschusses den Gegenstand einer Verhandlung, welche mit deren Ablehnung schloß, nachdem man sich inzwischen überzeugt hatte, daß die reichsgeleycklichen Bestimmungen weder eine so hohe Besteuerung des Bieres, wie sie beabsichtigt war, noch einen Unterschied in der Besteuerung des einheimischen und des auswärtig gebrauten Bieres zu Gunsten des ersteren gestatten, und daß hiernach die Ertragsberechnung auf einer unrichtigen Grundlage ruhte.

Hannover, 30. Oktober. Die neuen Forst- und Moorkulturn in der Provinz Hannover nehmen, wie der „Magdeb. Btg.“ berichtet wird, einen so günstigen Verlauf, daß auch hervorragende ehemalige Gegner sich in Anhänger verwandeln. Die vor Jahren ausgesprochene Befürchtung, daß der neue Nadelholzbestand schon nach einer kurzen Reihe von Jahren Krankheitserscheinungen zeigen werde, schien stellweise zu bestätigen, aber die vom Provinzial-Forstmeister Quaefaslem vorgenommene Einspflanzung von Laubbäumen an Stelle der erkrankten Stämme hat einen unerwartet günstigen Erfolg gehabt und der Ausbreitung der Krankheit Einhalt gethan. Die Forstanlage umfaßt 3474 Hektare, wovon 3409 auf Doppel-Linsel-Bereichsstellen kommen. Sämtliche Ausgaben hierfür, Anlauf von Grundstücken, Anpflanzung, Betrieb u. s. w. belaufen sich auf 1335035 M. Davon kommen 142513 M. für Arbeiten, welche von den Gefangenen der Korrektionsanstalten ausgeführt wurden. Die Einnahmen, welche seit 1877 bis jetzt zusammen 115000 Mark betragen haben, steigen erheblich durch nachstehende Holzverwertung, und es werden die Binsen für das ausgewanderte Kapital bald gedeckt werden. Zu dem Forstvertrag kommt dann noch der Vortheil, welcher aus der Anforstung für die Landwirtschaft in weitem Umfange erwachsen ist. Die Kultivierung der Hochmoore hat ebenfalls jetzt schon so gute Ergebnisse aufzuweisen, daß der anfänglich entschiedene Gegner, Landesökonomierat v. Kaufmann, sich für befleckt erklärt und einer Weiterführung des Unternehmens warm das Wort redet. Von dem Erfolg dieser Thätigkeit hängt auch die für einen großen Theil Deutschlands bedeutsame Frage des Moorbrennens ab, gegen welches hervorragende Landwirthe nicht nur Mittel, sondern auch Süddeutschlands Maßnahmen vorgeschlagen haben, weil sie der Überzeugung sind, daß in einem weiten Umkreise durch das Moorbrünen mehr geschadet, als im Moorgebiet selbst genutzt werde.

Bulgarien.

Sofia, 3. November. Die Sobranje ist heute vom Prinzen Ferdinand mit einer Thronrede eröffnet worden. In derselben gibt der Prinz zunächst seiner Befriedigung darüber Ausdruck, daß dies der erste Alt seiner souveränen Machtvolkommenheit seit seiner Rückkehr von einer kurzen Reise in das Ausland sei, welche die Befestigung der durch ihn repräsentirten Grundsätze in Bulgarien glänzend dargethan habe. Die Thronrede heißt sodann die Volksvertreter willkommen und weist auf die besondere Bedeutung der Gründung dieser Session hin, welche in dem Umstände liege, daß zum ersten Male seit Bestand des

in Paris, welche im Palais Richelieu Aufstellung gefunden und durch einen ungeheuren, amphitheatralisch aufgebauten Lesesaal in der liberalsten Weise der öffentlichen Benutzung Vorschub geleistet hat, die Hof- und Staatsbibliothek in München, welche besonders durch die Vereinigung mit der Augsburger Stadtbibliothek (libri Augustani) und mit zahlreichen bayrischen Klosterbibliotheken unter seinem langjährigen Oberbibliothekar, Professor Dr. Halm, zu einer Sammlung ersten Ranges gemacht worden ist, der aber das wertvolle Handschriftenmaterial der vorher genannten Bibliotheken teilweise fehlt. An Anzahl der aufgestellten Bände werden aber alle diese Bibliotheken übertroffen durch das britische Museum in London, dessen Bibliothek schon vor mehreren Jahren etwa zwei Millionen Bände umfaßte, während der dazu gehörige Verballatalog in über hundert Foliohänden niedergelegt war. Die englische Bibliothek zeichnete sich auch zuerst durch eine vollendete Einfachheit der Einrichtung aus, welche heute verschiedenen großen Bibliotheken des Kontinents zum Muster gedient hat. Sie ist die einzige Bibliothek, welche schon seit mehreren Jahrzehnten durch einen unbeschränkten Dispositionsfonds jedes neu erschienene Buch zu erwerben vermag, und was das heißen will, beweist die eine Zahl, daß schon im Jahre 1879 in Deutschland allein 18 000 Bücher neu erschienen. In demselben Stil wird seit der Regierung des jetzigen Königs von Italien die große Nationalbibliothek in Rom eingerichtet, bei welcher jedoch alles handschriftliche Material ausgeschlossen bleiben soll.

Zu den Bibliotheken zweiten Ranges gehören heute die besonders durch griechische Handschriften ausgezeichnete Laurentiana in Florenz, die Marcusbibliothek in Venedig, die Ambro-

fürstenthums dieselbe Nationalversammlung zu einer dritten Session zusammentrate. Dies sei ein unbestreitbarer Beweis der herrschenden Ordnung und der Zufriedenheit Bulgariens. Die allseitigen Fortschritte des Landes seit der Thronbesteigung des Prinzen Ferdinand seien offenbar, so daß die bulgarische Nation sich die Sympathien der zivilisierten Welt erworben habe. Die Despoten und das gesamte bulgarische Volk hätten freudig die Lobpreise vernommen, welche dem Lande seitens der Mehrheit der Staatsmänner Europas zu Theil geworden seien. Diese Anerkennung werde zum Triumph der gerechten Sache Bulgariens mächtig beitragen. Die Thronrede konstatiert ferner mit Bestechung, daß Bulgarien mit den ihm benachbarten Nationen, so wie mit nahezu allen anderen Staaten in den besten Beziehungen steht und spricht die Überzeugung aus, daß diese Beziehungen sich in Zukunft noch weiter festigen würden. Es wird sodann auf die stetige Entwicklung des bulgarischen Eisenbahnwesens durch bereits begonnene und neu projektierte Linien, auf die geplanten Häfen, auf den Abschluß einer Anleihe von 30 Millionen Francs und die zur Befriedigung der Bedürfnisse der Armee getroffenen Maßnahmen hingewiesen. Schließlich zählt die Thronrede die vorbereiteten Gelegenheiten auf. Unter denselben befinden sich Vorlagen über die Rekrutierung der Armee und über die Militärgerichtsbarkeit.

Frankreich.

* Paris, 2. November. „Eine Thür muß offen oder zu sein.“ Alfred de Musset hat über dieses Sprichwort ein reizendes Stück geschrieben. Die Pariser Politiker schreiben darüber jetzt Artikel und halten Reden, die weniger reizend sind, doch immerhin dazu dienen, die Zeit bis zum Beginn der Kammerdebatte totzuschlagen. Es handelt sich, wie bekannt, darum, ob die Thür der Republik für die Monarchisten offen oder zu sein soll. Leon Say sagt offen, Ferry meint zu, Ribot schwankt zwischen beiden, doch da er ein gutes Herz hat, will er wenigstens ein kleines Hinterstück ausstehen. Der frühere Botschafter in Berlin, Graf Gontaut-Biron, erklärt von konserватiver Seite, daß die Monarchisten sich der Regierung anschließen müssen, um dem Lande Ruhe und Wohlfaht zu schaffen; freilich verlangt er dafür von der Republik eine konseriative Politik. Mit nichts, erwidert Retzach in der „République française“, wir machen keine Zugeständnisse, denn wir sind die Sieger. Wer sich uns anschließen möchte, muß einfach unser Programm annehmen oder es bleiben lassen; Ferry hofft, wie sein Organ, die „Étafette“, zeigt, viel von der Mäßigung der Radikalen; das „Journal des Débats“ lacht ihn aus, denn es hofft in jener Sicht gar nichts und meint, die Opportunisten hätten nur deshalb so großes Vertrauen auf ihre rothen Brüder von links, weil sie selbst entschlossen seien, ihnen ihr Programm zu opfern. Jules Simon räth zur Mäßigung. Er sagt heute im „Matin“, daß ein konserватiv-republikanisches Ministerium, auch ohne den Monarchisten nachzugeben, die Rechte zur Nachfolge zwingen und auf der Linken jedenfalls einen starken Anhang finden könnte. Nur eine solche Regierung könnte eine Politik, eine jede andere nur eine Taktik haben. Das ist ganz richtig. Zu gleicher Zeit aber schreit der ministerielle „Radical“ nach Absezung aller politisch lauen Beamten und die opportunistischen Blätter geben ihm recht. Wird nun nach alledem die Thür der Republik für die Monarchisten offen oder zu sein? Wunderliche Frage! Als ob der Streit überhaupt zu einem Ende führen könnte! Natürlich bleibt Alles beim Alten. Sobald die Kammer zusammentritt, macht sie es wie ihre Vorgängerin. Die Republikaner theilen sich zum Lohn für ihren Wahlsieg in die Ehre und Vortheile der Regierung; die Minister werden wieder unterstützt oder gestürzt, je nachdem sie sich den Interessen der Gruppen und Individuen willig gezeigt oder widergesetzt haben. Die Kabinette werden wieder nach den bekannten arithmetischen Formeln gebildet: X. wird Ministerpräsident, weil er über 150 Stimmen verfügt, Y. Minister des Innern, weil er 100 Stimmen bringt, Z. Justizminister, weil er etwa 80 Freunde zählt, U. V. W. bekommen andere Portefeuilles, da sie zusammen ihre 90 Anhänger zuführen; 150 + 100 + 80 + 90 = 320. Das ist die Majorität. Zur Sicherheit nimmt man einige Wilde hinzu, die im Lager der sogenannten Unabhängigen noch eitle Stimmen fischen, und siehe da, daß das Kabinett steht fertig, — bis es aus demselben Grund, wie das vorhergehende, wieder einstürzt. Prinzipien, Programme, Politik mit einem Wort, sind für die Büchauer da. Wer sie für wesentlich hält, gleicht einem Manne,

stana in Mailand und die Kapital-Bibliothek in Verona, in deren jeder sich gleichwohl Schätze von unberechenbarem Werth befinden. Wir erwähnen nur die älteste Iliashandschrift in Venedig, die der griechischen Trapifer in Florenz und des plautinischen Palimpsestes in Mailand. Den Grundstock dieser Bibliotheken bilden die Erwerbungen der Griechen in der Renaissancezeit, welche besonders von den Medicis an die italienischen Höfe berufen wurden. Diesen im Rang am nächsten stehen dann die Staatsbibliotheken in Petersburg, Stuttgart, und Wien, die Synodalbibliothek in Moskau, sowie die Universitätsbibliotheken in Heidelberg und Oxford, von denen besonders Oxford durch die im Anfang dieses Jahrhunderts erfolgten Erwerbungen des englischen Reichsdenkmalen Clarke sehr wertvolle griechische Handschriften erhalten hat, von denen wie nur an den ältesten Kodex des Plato erinnern wollen, der von der Insel Patmos stammt.

Fast alle großen europäischen Bibliotheken stehen heute im Austauschverhältnis, und die meisten senden Handschriften und Bücher nach erfolgter diplomatischer Vermittelung und gewöhnlich nach Werthversicherung des Objekts dem ausländischen Gelehrten, gewöhnlich auf eine bestimmte Zeit, zu. Nur zwei Bibliotheken sind davon ausgeschlossen: die vatikanische Bibliothek und das britische Museum in London, von denen nichts und wer mit ihren Schätzen arbeiten will, kann dies nur in den Räumen der Bibliothek selbst thun. Vor der Regierung des jetzigen Papstes war sogar das Arbeiten im Vatikan einer überaus strengen Kontrolle unterworfen, und zuwidderhandelnde wurden von dem Besuch der Bibliothek ausgeschlossen.

der die Rüche dieses oder jenes Wirthshauses vorziehen wollte, weil das Aushängeschild ihm hier oder dort mehr imponirt.
(W. Btg.)

25. Posener Provinzial-Landtag.

r. Die Anzahl der Abgeordneten zum Provinzial-Landtag beträgt im Ganzen 50; davon sind 26 Vertreter des Standes der Ritterschaft, 16 Vertreter des Standes der Stadtgemeinden, 8 Vertreter des Standes der Landgemeinden. Landtags-Marschall ist der Freiherr v. Unruhe-Bomst, Königl. Landrat, Rittergutsbesitzer auf Bomst, zu Wollstein und Schloßhauptmann von Posen; Stellvertreter desselben: Graf Franz Kwieleki, Rittergutsbesitzer auf Kobeln (Kreis Kosten). Von den Vertretern des Standes der Ritterschaft sind 4 Inhaber von Bürststimmen: Fürst von Thurn und Taxis, vertreten durch Fürst Anton Sulkowski, Fürst Ferdinand Radziwill, Graf Karl Eduard Raczyński, Raczyński. Die 22 übrigen Abgeordneten des Standes der Ritterschaft sind folgende Rittergutsbesitzer: Heinrich v. Skarzynski-Wieclawow; Karl Führ. v. Krasenbach-Bialosz; Wilhelm Freiherr v. Unruhe-Bomst; Otto Schönberg-Langgostin; Max Caspar Weigmannsdorf; Graf Franz Kwieleki-Kobeln; Stanislaus v. Stablowksi-Paleste, als Stellvertreter; Adelbert v. Chelmiński-Kullinow; Hermann Klemmenn-Klenka, Landesökonomierath; Hugo von Treskow-Wierzona; Vol. v. Koscielski-Smilowo; Heinrich Baugold-Olszowa, als Stellvertreter; Baron Stanislaw v. Chlapowski-Sobry; Theodor von Boliowski-Nella; Count Graf Poninski-Wreschen; Julius Falenthal-Słupowo; Lebrecht v. Kliestyng-Dziembow; Jul. Dr. v. Chelmicki-Bydowo; Freiherr v. Wilamowit-Möllendorf-Wartowit, Königl. Kammerherr; Eduard Wagner-Glotow; Albert Gohle-Gernheim; Richard von Gersdorff-Kirchen-Popow. — Von den 16 Vertretern des Standes der Stadtgemeinden repräsentieren 8 Städte mit Bürststimmen, 8 zu Kollektivstimmen vereinigte Städte. Die Abgeordneten der Städte mit Bürststimmen sind: Wilhelm Kantorowicz, Kaufmann und Stadtrath (Posen); Adolf Kantorowicz, Kaufmann (Bolen); Franz Dehmich, Apotheker und Rathsherr (Fraustadt); Ernst Rauhut, Bäckermeister und Stadtrath (Eisla); Rudolph Friedrich Wolff, Apotheker (Werder); Rudolph Müller, Bäckermeister (Bromberg); Heinrich Dies, Kaufmann und Stadtrath (Bromberg); Franz Machatius, Überbürgermeister (Gosen). Die Abgeordneten der zu Kollektivstimmen vereinigten Städte sind: Eduard Weiß, Apotheker in Neutomischel; Nikolaus Boguski, Börwerbsbesitzer in Schröda; Edmund Koeppe, Maurer- und Zimmermeister in Krotoschin; Gustav Macke, Baumeister in Bojanowo; Friedrich Graup, Brauereibesitzer in Schwerin a. W.; Julius Ritter, Gutsbesitzer in Nadel; Eduard Duhme, Apotheker in Wongrowitz; Dr. Gieslewicz, prakt. Arzt in Strelno. — Die 8 Abgeordneten des Standes der Landgemeinden sind: Alexander Mielicki, Wirt in Przerwa, Kreis Adelau, als Stellvertreter August Manthey, Eigentümer in Schweinert-Hauland, Kreis Birnbaum; Apolinary Hoffmann, Börwerbsbesitzer in Jeżowa, Kreis Rawitsch; Joseph Gansler, Adler- und Gastwirth in Luboczeńska, Kreis Samter; Joseph Lewicki, Mühlensbesitzer in Prępadla-Mühle, Kreis Blestchen; Heinrich Schudmann, Freischulzengutsbesitzer in Deutsch-Ruhden, Kreis Wirsitz; Wilhelm Milbradt, Gutsbesitzer in Bodanin, Kreis Kolmar i. P.; Joseph Münsberg, Grundbesitzer in Ruhdorf led., Kreis Gnejen. — Der Nationalität nach sind von den 26 Vertretern des Standes der Ritterschaft 14 Deutsche, 12 Polen; da jedoch

von den Inhabern der Bürststimmen bis jetzt nur einer, Fürst Ferdinand Radziwill, erschienen ist, so beträgt die Anzahl der Deutschen 13, die der Polen 10. Von den Vertretern des Standes der Stadtgemeinden sind 14 Deutsche, 2 Polen; von den Vertretern des Standes der Landgemeinden: 4 Deutsche, 4 Polen. Es beträgt also die Gesamtzahl der deutschen Abgeordneten 32, die der polnischen 18; rechnet man die drei fehlenden ab, so sind erschienen: 31 deutsche, 16 polnische Abgeordnete.

In der gestrigen ersten Sitzung des Provinziallandtages wurden die 4 Ausschüsse, zu denen je 11–12 Mitglieder gehören, gebildet. Zum Vorsitzenden des ersten Ausschusses (für Verwaltung, öffentliche Anstalten und Landeskultur-Sachen) wurde Freiherr v. Wilamowit-Möllendorf, zum Vorsitzenden des zweiten Ausschusses (für Wege und Chauffeuren, Provinzial-Feuerwehr) Baron Stanislaw v. Chlapowski, zum Vorsitzenden des dritten Ausschusses (Verwaltung der Spitäler, Befestigungs-Anstalten und wohlthätige Institutionen) Herr v. Stablowksi, zum Vorsitzenden des vierten Ausschusses (Finanz- und Rassenfachen) Herr v. Kliestyng gewählt. Außerdem wurde eine besondere Kommission mit der Verordnung über das Gesetz in Betrieb der neuen Verwaltungs-Reorganisation betraut; an der Spitze dieser Kommission stehen der Provinzial-Landtags-Marschall, Freiherr v. Unruhe-Bomst, und sein Stellvertreter, Graf Fr. Kwieleki. Letztere Kommission erledigte gestern ihre Thätigkeit und trug das Referat dem Plenum vor, welches das erwähnte Gesetz annahm; es ist auch als bald der Kaiser in Konstantinopel davon benachrichtigt worden. Sobald von dort eine bestätigende Antwort eintrifft, wird der Provinzial-Landtag zu den durch das erwähnte Gesetz näher bezeichneten Wahlen schreiten.

an den beiden vorhergehenden Tagen mit dem Reichskanzler vor dem Diner bis zum Eintritt der Dunkelheit trotz des schlechten Wetters eine mehrstündige Spazierfahrt im Sachsenwald unternommen.

Wien, 5. November. [Landtag.] Fürnkranz und Geissen stellen einen Antrag, betreffend die Vereinigung Österreich-Ungarns mit Deutschland zu einem gemeinsamen Großgebiete. Der Statthalter beantragt die Interpellation, betreffend die Maßregeln gegen die Maul- und Klauenseuche dahin, daß die große Ausdehnung der Seuche, von welcher 399 Ortschaften befallen waren, ein energisches Vorgehen erforderte. Gegenwärtig sei es gelungen, die Seuche auf 16 Ortschaften zu beschränken.

Wien, 5. November. Das „Fremdenblatt“ bespricht die Budgetdebatte im deutschen Reichstage und bemerkt dabei, die ausgesprochenen Beschwerden entsprangen nicht bloß dem Parteidoden, sondern beruhten größtentheils auf den allgemeinen Verhältnissen, an welchen aber die Friedensmächte nichts ändern könnten. Den Regierungen sei ein Streben nach Kriegsrückhalt vorzuwerfen, die Aufrechterhaltung des Friedens sei vielmehr das Ziel ihres höchsten Ehrganges und nur Verblendung könne es bestreiten, daß sie diesbezüglich die Vollstrecker der Volkswünsche seien. Der allgemeine industrielle Aufschwung mache die düstern Vorhersagen zu Schanden. Die ökonomische Kraft Deutschlands sei trotz der nothwendigen starken Rüstungen ungebrochen, seine glänzende Stellung im Rthe der Nationen vermehre seinen Reichtum.

Paris, 5. November. Eine Depesche des „Journal des Débats“ aus London meldet, daß ein Sohn Stanleys nach einer monatlichen Reise am 1. November in Zanzibar eingetroffen sei, Olfe nachzusuchen. Sechs Engländer, zwei Italiener und 800 Eingeborene sollen sich bei Stanley befinden und ungeduldig Lebensmittel erwarten.

Madrid, 5. November. In der Kammer hat der frühere Minister Cosgaya bei Besprechung des Budgets gesagt, daß beständige Defizit werde eine erhebliche Anleihe nothwendig machen. Der Finanzminister erwiderte, er erkenne allerdings die Nothwendigkeit einer Begleichung der schwedenden Schuld an, aber dies sei nicht unbedingt durch die Aufnahme einer Anleihe nötig.

London, 5. November. Das Emin Pascha-Komite hat über Zanzibar eine Depesche Stanleys erhalten, nach welcher derselbe bei seiner zweiten Rückkehr vom Albert Nyanza-See nach dem Kongo gehört haben will, daß Emin Pascha in Jephana seit 1888 gefangen sei. Die Truppen der Aquitorialprovinz hätten sich empört und ein starkes Heer der Mahdisten sei in die Provinz eingefallen; die Eingeborenen hätten sich ihnen angeschlossen, das Land verwüstet, die Flüchtlinge getötet, die Munitionen-Vorräte und Schlösser zerstört. Die Mahdisten hätten eine Niederlage erlitten und einen Dampfer nach Khartum geschickt, Verstärkungen zu holen. Auf ein dringendes Hilfegesuch sei Stanley das dritte Mal nach dem Albert Nyanza aufgebrochen, wo er am 18. Januar eingetroffen sei und den Überlebenden Entzugs gebracht habe; dort habe er dann bis zum 8. Mai auf Flüchtlinge gewartet und dann alsbann den Rückmarsch angetreten.

Börse zu Bözen

Posen, 5. November. Amtlicher Börsenbericht.
Spiritus. Gefündigt — L. Kündigungspreis (50er) 50 50,
(70er) 30,90. (Volo ohne Faz.) (60er) 50,50 (Vero) 30,90.

Posen, 5. November. Börsenbericht.

Spiritus füll. (Volo ohne Faz.) (50er) 50 60 (70er) 31,—.

Börsen-Telegramme

Berlin, den 5. November. (Teleg. Agentur von Alb. Lichtenstein).

Not v. 2.

Not v. 3.

Spiritus ruhig	
pr. Novbr.-Dezbr.	183 — 182 5
" April-Mai 1890	190 75 190 —
Roggen fest	122 25 460 584 812 95 (200) 122 139 208 28 95 639 700 56
" Novbr.-Dezbr.	166 75 166 —
Rübböl fest	117 98 287 308 (150) 715 977 78 103 086 114 35 60 506 619 84
" April-Mai 1890	175 299 348 (150) 59 71 440 51 724 59 91 810 966
105082	105082 175 299 348 (150) 59 71 440 51 724 59 91 810 966
106024	106024 66 84 210 41 84 325 40 514 42 624 95 107 114 69 290
96 362	96 362 95 423 (150) 661 95 769 940 108 054 96 114 19 (300) 78
80 293	80 293 57 486 598 659 753 88 809 60 985 109 017 162 76
84 366	84 366 418 611 67 780 854 66
110066	110066 143 393 495 525 79 83 95 651 717 111 042 82 182
97 248	97 248 352 490 582 606 53 91 735 937 112 029 104 28 73 84
264 98	264 98 95 309 407 97 553 757 922 113 008 23 30 134 304
561 606	561 606 88 769 915 114 079 156 430 57 536 74 688 739 80
(200)	(200) 115108 72 214 673 820 70 985 94 116001 216 46 341
78 419	78 419 56 57 72 (150) 93 662 714 (200) 861 94 969 79 (150)
117027	117027 40 189 234 55 75 468 661 864 (150) 90 118 177 201
61 77	61 77 460 576 604 41 (300) 789 119 136 43 240 44 314 52 55 54
89 648	89 648 765 826 (200) 948
1200013	1200013 69 (150) 78 86 131 435 548 648 62 63 844 85 121 012
122 34	122 34 252 460 584 812 95 (200) 122 139 208 28 95 639 700 56
817 76	817 76 937 123 029 205 55 673 778 89 988 124 168 96 242 454
515 609	515 609 82 90 736 93 842 924 125 043 88 227 74 377 89 469
701 803	701 803 927 37 95 (150) 974 126 121 269 93 362 575 605 18 28 701 7 22
33 60	33 60 804 17 69 (150) 974 127 147 (150) 84 94 244 64 352
581 617	581 617 76 95 901 128 051 137 61 203 305 509 905 88 120 016
194 98	194 98 399 493 504 65 688 803
130000	130000 89 167 738 930 93 131 153 76 79 645 736 47 878 915
132017	132017 99 329 460 624 701 25 32 811 133 032 169 230 396 535
831 51	831 51 (150) 68 963 134 022 (150) 91 112 18 55 94 368 82 94
450 583	450 583 661 85 789 816 24 80 92 135 128 44 73 219 34 66 672
877 956	877 956 136 021 45 65 201 31 33 64 98 516 911 810 (300) 16
131115	131115 53 226 72 73 82 84 342 54 945 69 133 050 71 242 66
600 8 853	600 8 853 139 046 102 324 496 552 94 638 778 823 902 39 91
140080	140080 117 223 72 73 82 84 342 54 945 69 133 050 71 242 66
64 410	64 410 504 25 604 22 953 124 003 68 130 (150) 48 259 415 750
143057	143057 66 (200) 100 218 50 312 (200) 511 36 746 820 24 49
144280	144280 83 316 511 20 40 56 678 848 906 34 145 061 84 91 93
247 423	247 423 577 648 700 (150) 814 34 989 148 026 41 295 641 723
306 423	306 423 577 648 700 (150) 814 34 989 148 026 41 295 641 723
56 801	56 801 37 963 149 069 134 64 290 (150) 438 787 966
150004	150004 7 37 40 48 137 48 291 520 636 15 97 703 40 825 59 84
151134	151134 363 411 31 65 514 607 85 750 951 152 020 81 307 69
572 651	572 651 153 013 495 564 93 (150) 625 820 42 154 002 13 64 83
297 (150)	297 (150) 374 431 60 639 (150) 98 812 49 66 79 (200) 91 155 008
57 119	57 119 42 266 308 494 538 52 642 897 997 156 058 174 229 50
315 570	315 570 717 21 920 153 051 183 87 201 69 333 445 50 83 528 79
678 722	678 722 69 811 99 153 082 64 111 204 20 96 328 479 597 608
766 (150)	766 (150) 94 923 159 022 122 448 580 650 75 717 818 912
160123	160123 234 318 58 526 728 911 96 161 054 93 259 98 483
93 528	93 528 (500) 633 70 862 982 163 133 (150) 207 (150) 41 804 904
7 97 (150)	7 97 (150) 163 124 264 (150) 860 164 009 67 218 44 50 54 321
663 730	663 730 855 926 163 087 124 37 66 341 402 551 618 54 740 83
837 166	837 166 014 81 181 291 (300) 547 631 56 163 020 51 (150) 306
28 414	28 414 22 85 758 901 163 174 453 585 974 169 016